

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Verstärkte Berücksichtigung von medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten in der Drogenpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Ziel der Drogenpolitik im Saarland ist es, den Willen zu einem Leben ohne Suchtmittel zu stärken. Die Menschen, die dennoch Drogen gebrauchen, sollen zu einem verantwortlichen Umgang mit Drogen und stoffungebundenen Suchtmitteln befähigt werden. Hierzu gehört auch die Gesundheits- und Überlebenshilfe als wesentlicher Bestandteil eines differenzierten und gut vernetzten Angebots zur Suchtbehandlung. Angebote zur individuellen Prävention und Hilfe mit Reduzierung der suchtbedingten gesundheitlichen und sozialen Risiken für Patientinnen und Patienten müssen niedrigschwellig angelegt sein.

Die bisherige Drogengesetzgebung der Prohibition erreicht dieses Ziel nicht. Die Erfahrungen zeigen deutlich, dass ein Verbot weder Jugendliche noch Erwachsene wirksam vom Konsum abhält. So ist der Cannabiskonsum in Deutschland trotz des Verbots nicht rückläufig, sondern gestiegen. In Ländern und Staaten mit einem kontrollierten Markt liegt der Cannabiskonsum keineswegs höher.

Rund 2,3 Millionen Erwachsene in Deutschland gehören zum Kreis regelmäßiger Cannabiskonsumenten. Sie werden genau wie die etwa 22 Prozent der 15- und 16-jährigen Schülerinnen und Schüler, die Cannabis konsumieren, kriminalisiert und können schwer für Präventions- und Suchthilfeprogramme erreicht werden. Auf dem Schwarzmarkt werden heute eine Vielzahl von Cannabisprodukten vertrieben, die einen extrem unnatürlich erhöhten Wirkstoffgehalt haben oder auch mit Giftstoffen wie etwa Blei belastet sind, wodurch eine erhebliche zusätzliche gesundheitliche Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten besteht. Durch eine verstärkte Aufklärung und Prävention, flankiert von einer Regulierung und einer Kontrolle der in Verkehr gebrachten Substanzen, kann der Jugend- und Gesundheitsschutz wesentlich verbessert werden.

Deswegen braucht es ein Umdenken in der Cannabispolitik und neue Wege zum Umgang mit der Droge. Diese gilt es, in wissenschaftlich begleiteten Modellprojekten zu erproben und mit entsprechenden Aufklärungs-, Suchthilfe- und Präventionsprogrammen zu flankieren.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Möglichkeit von Modellversuchen zu prüfen, in deren Rahmen eine kontrollierte Abgabe von Cannabis – unter Sicherstellung des Jugend- und Verbraucherschutzes sowie einer umfassenden Suchtprävention – dazu in der Lage ist, einen risikoärmeren Konsum zu fördern und negative Effekte zu verringern; wobei hier wichtig ist, dass es nicht das Ziel ist, den Drogenkonsum zu fördern, sondern einem bestehenden gesellschaftlichen Problem mit einem anderen Lösungsansatz zu begegnen und sich dabei stärker an der Lebenswirklichkeit zu orientieren,
- sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Reform des Betäubungsmittelrechts auf Bundesebene einzusetzen, um eine Änderung im Umgang mit Cannabis hin zu einer Regulierung zu bewirken, durch welche eine kontrollierte Abgabe in hierfür einzurichtenden Stellen zum Eigenkonsum von Volljährigen ermöglicht wird, die Belange des Jugendschutzes sind hierbei unbedingt zu wahren.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.